



Informationspflicht gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Bewerbungsverfahren

Vorbemerkung

Der Schutz der Privatsphäre von Bewerbern bei der Verarbeitung persönlicher Daten wird sehr ernst genommen. Daher werden die datenschutzrechtlichen Anforderungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in den Geschäfts- und Verwaltungsprozessen berücksichtigt.

Die persönlichen Daten der Bewerberinnen und Bewerber (Online oder in Papierform) werden gemäß den europäischen und deutschen gesetzgeberischen Bestimmungen erhoben und verarbeitet. Hierzu zählen auch alle Bewerber für Ausbildungs- und Praktikantenstellen.

Im Folgenden wird darüber informiert,

- welche personenbezogenen Daten erhoben werden
- bei wem sie erhoben werden
- was mit diesen Daten geschieht

Außerdem informiert das Amt Itzehoe-Land über die Rechte des Betroffenen in Datenschutzfragen und an wen diese sich diesbezüglich wenden können.

Personenbezogene Daten sind gemäß Art. 4 Ziffer 1 DSGVO:

Alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

<p>Verantwortlicher für die Datenverarbeitung: Amt Itzehoe-Land Die Amtsvorsteherin Margarete-Steiff-Weg 3 25524 Itzehoe Telefon: 04821 7388-0 Fax: 04821 7388-35 mailbox@amtitzehoe-land.de</p>	<p>Beauftragter für den Datenschutz: Amt Schenefeld Der Amtsdirektor Herr Mahrt Holstenstraße 42-48 25560 Schenefeld Telefon: 04892 8089-52 Fax: 04892 8089-44 datenschutz@amt-schenefeld.de</p>
--	--

1. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung personenbezogener Daten zum Zwecke der Durchführung des Bewerbungsverfahrens ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben. Es besteht für Sie keine Verpflichtung, Ihre personenbezogenen Daten zu übermitteln.

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist jedoch erforderlich, weil eine vergleichende Bewertung von Bewerbern/innen nur auf der Grundlage der Bereitstellung von personenbezogenen Daten möglich ist. Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt für die Durchführung des Bewerbungsverfahrens für die Stelle, auf die Sie sich beworben haben.

Rechtsgrundlagen finden sich in den Art. 6 Abs. 1 Buchst. b, c, Art. 9 Abs. 2 Buchst. b und h sowie Art. 88 der Datenschutzgrundverordnung in Verbindung mit § 15 des Landesdatenschutzgesetzes S-H.

2. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

- Vor- und Nachname, ggf. Geburtsname
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Staatsangehörigkeit
- Anschrift
- Telefonnummer
- Bewerbungsunterlagen
- Angaben zur schulischen Ausbildung und beruflichen Qualifikation
- Ggf. Angaben über Behinderungen nach dem SGB IX

3. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

- Personalverwaltung
- zuständige Fachabteilung
- etwaige Vorgesetzte
- die/der Entscheidungsberechtigte
- Gleichstellungsbeauftragte
- Personalrat
- IT-Abteilung

4. Herkunft der Daten

Erhebung bei der/dem Betroffenen.

5. Dauer der Speicherung

Die Bewerbungen werden 6 Monate nach Beendigung des Bewerbungsverfahrens gelöscht.

6. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

7. Betroffenenrechte

Auskunft: Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.

Berichtigung: Sollten Betroffene feststellen, dass die über sie gespeicherten personenbezogenen Daten falsch sind, müssen diese nach Art. 16 DSGVO berichtigt werden.

Löschung („Recht auf Vergessenwerden“): Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen. Eine Löschung ist allerdings nur zulässig, wenn dem keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

Einschränkung der Verarbeitung: In bestimmten Fällen (z. B. wenn sich Betroffener und Datenverarbeiter nicht einig sind, ob die gespeicherten Daten richtig sind) haben Sie nach Art. 18 DSGVO ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Widerspruch: Sie können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen.

Datenübertragbarkeit: Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit. Die betrifft nur Daten, die auf Basis einer Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden.

Wenn Sie von Ihren Betroffenenrechten Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per E-Mail oder schriftlich an die Amtsvorsteherin des Amtes Itzehoe-Land und/oder den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Amtes Itzehoe-Land.

Ist eine betroffene Person der Ansicht, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden, so hat sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

Postfach 7116

24171 Kiel

Telefon: 0431 988-1200

mail@datenschutzzentrum.de

www.datenschutzzentrum.de